

Kurz belichtet, 17.3.2017

Suciwati: „Die Regierung nutze die Justiz als Mauer aus, um sich vor Strafverfolgung zu schützen“

Demokratieentwicklung in Indonesien

Nach 1998 erlebte Indonesien eine Demokratie, die durch Presse- und Informationsfreiheit gekennzeichnet war. Diese politische Öffnung wurde leider nicht von Rechtsdurchsetzung (law enforcement), sondern von der zunehmenden Kriminalisierung der Zivilgesellschaft begleitet. Trotz Etablierung verschiedener demokratiefördernder Staatsinstitutionen, wie etwa des Verfassungsgericht und der Antikorruptionsbehörde KPK, wird die Autorität dieser Institutionen immer wieder durch die Regierung oder das Parlament geschwächt. Beispiel: die Saga um KPK in den letzten Jahren.

Die Einschränkung des Spielraums der Zivilgesellschaft findet nicht nur in Form von Kriminalisierung von Aktivisten statt, sondern auch in Form von außergerichtlichen Morden. Hier zu nennen ist der Fall des Mordes an Menschenrechtsanwalt Munir im Jahr 2004 und auf lokaler Ebene Morde an AktivistInnen, die gegen Umweltzerstörung und Korruption kämpfen.

Die Einhaltung der Menschenrechte

Es gibt keine bedeutsame Entwicklung in der Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen. Die jetzige Regierung sieht diesen Sachverhalt nur als Diskurs. Bis heute gibt es keinen einzigen Menschenrechtsverbrecher, der zur Rechenschaft gezogen wurde. Der Mörder von Munir, Hendropriyono, ein Militärgeneral, wurde sogar freigesprochen.

Die Bemühungen der Zivilgesellschaft

Es ist leider eine Tatsache, dass das Instrument zum Erlangen der Gerechtigkeit zum Instrument zur Verfestigung der Straflosigkeit wird. Die Regierung nutze es als Mauer aus, um sich vor Strafverfolgung zu schützen. Wir ziehen diese Schlussfolgerung von unseren damaligen und aktuellen Erfahrungen. Im Jahr 2003 hat Munir die damalige Präsidentin Megawati wegen der Ernennung von Hendropriyono zum Chef der indonesischen Geheimdienst (BIN) angeklagt. Munir hat verloren. Ein weiteres Beispiel: letztes Jahr hat die Kommission für Öffnung der öffentlichen Informationen (Komisi Informasi) unsere Klage gewährt. Das Staatssekretariat sollte das Untersuchungsergebnis des Mordes an Munir öffentlich machen. Danach kündigte der Staatssekretär an, dass sie die Unterlagen nicht hätten bzw. verloren hätten. Später kam von dem Verwaltungsgericht das Urteil, dass das Staatssekretariat von jeglicher Verantwortung freisprach. Ein ähnlicher Fall betraf auch die Umweltorganisation Greenpeace.

Weiterhin, insbesondere im Zuge der lokalen Autonomie, wird Gewalt legitimiert. In Aceh werden Auspeitschungen erlaubt und in Banten gilt das nächtliche Ausgangsverbot für

Frauen. Die Angriffe auf religiöse Minderheiten nehmen zu. Und gegen all das tut der Staat nichts.

Es gibt viele gute Initiativen der Zivilgesellschaft. Wir haben seit 10 Jahren eine stille Mahnwache vor dem Präsidentenpalast gemacht. Im Jahr 2008 hat der Präsident Yudhoyono uns empfangen. Es passierte seitdem aber nichts, selbst bis heute mit Jokowi als Präsident. Letztes Jahr gab es ein nationales Symposium zum Thema 1965. Trotz viel Medienaufmerksamkeit konnte man keine bedeutsame Veränderung bemerken. Genauso mit anderen Fällen der Menschenrechtverletzungen. Es findet keine Aufarbeitung statt.

In Bezug auf die Rechtsdurchsetzung (law enforcement) ist die Situation auch sehr deprimierend. Trotz seines Versprechens zur Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen in seinen Programmprioritäten ‚Nawa Cita‘ hat Jokowi letztes Jahr Wiranto, einen Menschenrechtsverbrecher, zum Minister ernannt. Menschenrechte werden zu Handelsware in der Politik gemacht. Zu unseren Donnerstagen der stillen Mahnwache kommt Jokowi nicht. Zu der Demo von den Islamisten ist er gekommen.

Munir Fall: neueste Entwicklung

Nachdem das Staatssekretariat erklärte, dass sie das Untersuchungsergebnis des Mordes an Munir verloren haben, gab es ein anderes Verfahren bei dem Verwaltungsgericht. Der Prozess verlief unüblich, denn es gab keine Untersuchung, wir als Betroffene wurden nicht gerufen bzw. befragt. Wir wurden zur Urteilsverkündung eingeladen. Das Urteil sagte, dass der Staatssekretär nicht verpflichtet sei, das Dokument öffentlich zu machen und dass es keine Konsequenz dafür gibt, dass das Dokument verschwunden ist.

Wir haben die RichterInnen bei der Justizkommission angezeigt. Es ist leider eine Tatsache, dass wir in Indonesien schlechte RichterInnen haben, aber wir versuchen immer, alle möglichen rechtlichen Mechanismen zu benutzen. Trotzdem machen wir uns nicht so große Hoffnungen.

Ein anderes Beispiel bezüglich des schwachen law enforcement findet man in dem Fall des Baus der Zementfabrik in der Kendengregion, Zentral Java. Trotz Urteil des obersten Gerichts, dass die Fabrik dort nicht errichtet werden darf, hat der Gouverneur von Zentral Java eine neue Genehmigung erteilt. Der Machthaber gehorcht dem Gesetz nicht mehr.

Gibt es Hoffnung?

Frage: Die Amnesty Gruppe in Berlin setzt sich für die Befreiung politischer Gefangene auf den Molukken ein. Zurzeit gab es 14 politische Gefangene, unter anderem Johan Teterisa. Er wurde trotz friedlicher Protestaktion wegen Hochverrat verurteilt. Amnesty hat eine Petition zu diesem Fall verbreitet. Es sind mittlerweile 10 Jahre seit der Verhaftung. Was kann man tun?

Suciwati: Der Fall Munir dauert schon 13 Jahre und es gibt immer noch keine Aufklärung. Wir haben verschiedene Lobby- und Advocacy-arbeit geleistet. 2005 waren wir bei den Vereinten Nationen in Genf. Verschiedene UN-Sonderberichterstatter haben Indonesien besucht, davon berichtet und Statement gegeben. Welche Wirkung haben all diese

Bemühungen? Keiner von den Tätern wurde vor Gericht gebracht. Wir machen trotzdem weiter. Es gibt verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen auf internationaler und lokaler Ebene in Form von Petitionen, Demonstrationen und Lobbyarbeit. Es zeigt Wirkung. 2008 hat der Präsident der EU-Kommission, José Manuel Durão Barroso, den Präsidenten Yudhoyono auf einem ASEAN-Meeting getroffen und ihn auf den Fall angesprochen. Nicht lange danach gab es ein Verfahren gegen Muchdi Purwoprandjono, der frühere Vize Direktor des indonesischen Geheimdienstes (BIN). Wir haben leider schwache Staatsanwälte und RichterInnen. Muchdi wurde von der Anschuldigung, den Mord an Munir Said Thalib geplant zu haben, aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Später wurde entdeckt, dass eine der Staatsanwälte in einen Korruptionsfall verwickelt war. Wir müssen alle möglichen Wege nutzen. Wir haben in Indonesien viele gute Gesetze, aber wofür, wenn es keine Umsetzung gibt. Unser Präsident zeigt auch keinen guten Willen. Wir dürfen aber nicht aufgeben. Wir müssen vielleicht die universelle Strafbarkeit (universal jurisdiction) nutzen. Wie sieht es aus in Deutschland? Wir müssen uns austauschen und von Erfahrungen anderer Länder lernen. Zum Beispiel der Fall Pinochet. Er wurde in England verurteilt. Wie hat man es geschafft? Es ist alles Erfahrungsschatz zur Aufklärung und Gerechtigkeit.

Frage: Wie geht man mit dem Vorwurf ‚westliche Agenten, ausländische Einmischung‘ um?

Suciwati: Wir haben im Fall Munir verschiedene Parlamente und Regierungen aufgerufen, ein Statement zu diesem Fall zu machen. Von der indonesischen Seite kam die Reaktion, dass es nicht notwendig sei, ausländische Regierungen in diese Sache zu involvieren⁴. Wir haben aber trotzdem unsere Kampagne weitergeführt. Die indonesische Regierung reagierte sehr defensiv. Bei dem Präsidenten Yudhoyono hat es produktiv gewirkt, weil er sehr auf seinen Ruf achtete und der internationalen Gemeinschaft deswegen zeigen wollte, dass er politischen Willen hatte.

Zusammenfassung von Diskussionsveranstaltung: 'Räume für die Zivilgesellschaft schaffen: zivile Freiheiten in Indien und Indonesien' in Berlin, am 27.2.2017. Eine Zusammenarbeit von Watch Indonesia! und Amnesty International Deutschland.